

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **69 (1982)**

Heft 11: **Politische Bildung in der Schule**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der qualitative Unterschied zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen Staat

<i>Kriterien</i>	<i>imperialistischer Staat</i>	<i>sozialistischer Staat</i>
<i>ökonomische Grundlage</i>	monopolistisches Eigentum an Produktionsmitteln	gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln
<i>politisch herrschende Klasse</i>	Monopolbourgeoisie	Arbeiterklasse; Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den anderen Werktätigen
<i>Diktatur gegen wen?</i>	gegen Arbeiter und alle Werktätigen, Aggression nach außen	Brechen des Widerstandes der gestürzten Klasse; Schutz gegen Aggression von außen; beste Bedingungen für den sozialistischen Aufbau schaffen
<i>Demokratie für wen?</i>	für die Monopolbourgeoisie, Scheindemokratie	für die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern und alle anderen Werktätigen
<i>entscheidende Funktionen</i>	– ökonomische Macht der Monopole erhalten und erweitern – Aggression nach außen – Gewalt nach innen	– Unmittelbare Leitung und Planung der Volkswirtschaft, planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse – sozialistische Bildung und Erziehung aller Werktätigen – Schutz der sozialistischen Staatsmacht vor Aggression von außen – proletarischer Internationalismus
<i>Entwicklungstendenzen</i>	Verschärfung des antagonistischen Widerspruchs zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten (Lösung nur durch sozialistische Revolution, durch Sturz des imperialistischen Staates möglich)	Stärkung und Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht durch weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie und Qualifizierung der staatlichen Leitung, Entwicklung zum Staat des ganzen Volkes, Vertiefung der Beziehungen innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft

(Staatsbürgerkunde Klassen 11/12, Unterrichtshilfen, Berlin [Ost] 1981)

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schulanfang: Im August wird beraten

Die für die Fragen der Schulkoordination zuständige Nationalratskommission will am 19. August über das weitere Vorgehen in der umstrittenen Frage des Schuljahresanfangs entscheiden. Wie das Kommissionssekretariat mitteilte, wurde von Kommissionsmitgliedern bedauert, dass die Abstimmungen in Bern und Zürich über diese Frage am 6. Juni nicht die erhoffte Klarheit gebracht haben.

Gegenwärtig liegen der Kommission eine Volksinitiative, eine parlamentarische Initiative und drei Standesinitiativen vor. Sie alle haben das Ziel der Vereinheitlichung des Schuljahresanfangs. Bundesrat Hans Hürlimann hatte bereits bei der Be-

ratung des Geschäftsberichts vor dem Ständerat bedauert, dass beim Problem des Schuljahresanfangs das Konkordat der Kantone offenbar zu wenig griffig sei. Der Volksinitiative könne nun nicht mehr ausgewichen werden, betonte der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern.

ZH: Rätromanisch an der Zürcher Universität

Die Zürcher Regierung ist gegen ihren Willen dazu aufgefordert worden, in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton Graubünden die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit an der Uni-

versität Zürich ein Lehrstuhl für die rätoromanische Sprache eingerichtet werden kann. Ein entsprechendes CVP-Postulat aus dem Zürcher Kantonsrat wurde mit 78 zu 14 Stimmen an die Regierung überwiesen. Zurzeit besteht an der Universität Zürich für die Pflege des Rätoromanischen bloss eine halbe Professur.

Neben finanziellen Gründen hatte die Zürcher Regierung bei ihrer Ablehnung des Postulats auch anderweitige Bemühungen zur Pflege des Rätoromanischen geltend gemacht. So habe der Bündner Regierungsrat die Schaffung eines entsprechenden Lehrstuhls an der ETH Zürich angeregt. Zur Diskussion stehe aber auch ein neues Institut für rätische Forschungen in Chur, das vom Kanton Graubünden mit Unterstützung des Bundes zu finanzieren wäre.

FR: Lehrstuhl für Pädagogik und Didaktik an der Uni Freiburg neu besetzt

Der Staatsrat hat Michelle Deliège zum ordentlichen Professor für Allgemeine Pädagogik (Pädagogik und Didaktik) der Philosophischen Fakultät der Universität ernannt.

Michelle Deliège wurde am 28. Dezember 1941 geboren. Nach dem Besuch der Elementar- und der Mittelschule in Lüttich studierte sie an der dortigen Universität. 1965 erlangte sie das Lizentiat der biologischen Wissenschaften, 1970 das Mittelschullehrerdiplom, 1972 ein Diplom in Psychologie und Ethologie und promovierte 1975 zum Doktor der Naturwissenschaften. 1977 erhielt sie von der Belgi-

schen Königlichen Akademie den Triennalepreis Tobie Jonkieere.

Als Dozent unterrichtete Frau Deliège am Institut für Psychologie und Erziehungswissenschaften der Universität Lüttich und als Privatdozent am Höheren Institut für Pädagogik in Namur.

Michelle Deliège ist Verfasserin mehrerer wissenschaftlicher Arbeiten. Hervorzuheben sind zwei Werke über die geistige Entwicklung des Kindes und ein Werk über die experimentelle Analyse wichtiger Ursachen der Verhaltensflexibilität.

AG: Es bleibt bei den Noten

Die Abschaffung der Noten für die Fächer Singen, Zeichnen und Turnen komme nicht in Frage, antwortete Erziehungsdirektor Arthur Schmid im Aargauer Kantonsparlament auf eine Interpellation von CVP-Grossrat Robert Wiederkehr. Die Promotionsordnung schreibe eine Notengebung verbindlich vor, führte Schmid aus. Ausgenommen davon seien lediglich die Fächer Religion, naturwissenschaftliches Praktikum und freies Gestalten. Zudem können im ersten Semester der ersten Primarklasse die Leistungen mit Worten statt Noten bewertet werden. Diese Regelungen sollen nach Ansicht des Regierungsrates nicht geändert werden, obwohl aus Kreisen der Lehrer immer wieder die Forderung nach einer Abschaffung der Noten kommt. Noten seien «ein bewährtes und im grossen Ganzen taugliches Mittel» zur Bewertung der Leistungen der Schüler, meinte Schmid.

Umschau

Die Schulung Lernbehinderter in der Schweiz

Gegenwartsprobleme und Zukunftsperspektiven

Die Schulung Lernbehinderter ist auch in der Schweiz in den letzten Jahren problematisiert und häufig debattiert worden. Die Schweizerische Heilpädagogische Gesellschaft (SHG) beschäftigte sich intern seit geraumer Zeit mit dem Problemkreis «Hilfsschule» und führte im Frühjahr 1981 dazu eine Fachtagung durch. Die Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH) bearbeitet laufend aktuelle Fragen des Sonderschulwesens. Ferner zeigte sich die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) an einer Stellungnahme zur Integration behinderter, insbesondere lernbehinderter Kinder in Normalschulklassen interessiert. Im September 1981 bestellte sie deshalb erstmals eine Kommission Sonderpädagogik. Damit

sollten die verschiedenen Bemühungen zusammengeführt werden.

Das Mandat der EDK nennt drei Gründe, die zur Einsetzung der Kommission führten:

- Im Zusammenhang mit der Integrationsdiskussion wird die Frage der Schulung von Sonderschülern in Regelklassen aufgeworfen.
- Der Rückgang der Schülerzahlen auf der Primarschulstufe stellt die Weiterführung von Sonderklassen in Frage.
- Die Sparmassnahmen des Bundes betreffen auch die finanzielle Unterstützung behinderter Kinder. Aufgrund dieser Voraussetzungen wird die Kommission beauftragt, einen Bericht mit allfälligen Empfehlungen auszuarbeiten. Er soll sich auf Sonderklassen für Lernbehinderte (Hilfsschulen) beschränken. Der Bericht wird somit die Schulung Lernbehinderter in der Schweiz behandeln, wobei